

**Rede der SPD-Fraktion
zum Haushalt 2010**

am 17. März 2010

- Sperrfrist: Redebeginn -
- Es gilt das gesprochene Wort. -

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

Haushaltsreden stellen politische Leitlinien dar. Ich möchte deswegen zu einigen Sachverhalten Stellung nehmen und die Position der SPD-Fraktion erläutern. Zusammenfassend möchte ich bereits am Anfang hervorheben, dass es uns weiterhin darum geht, die solide Haushaltspolitik der vergangenen Jahre fortzusetzen und das Geld sinnvoll für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt zu verwenden.

Die Verabschiedung eines städtischen Haushaltsplans erfolgt immer aufgrund von Prognosen und Annahmen, deren Genauigkeit sich erst nach dem Rechnungsabschluss zeigt. Die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise tragen zusätzlich zur Planungsunsicherheit bei. Finanzielle Engpässe, wie wir sie in den nächsten Jahren befürchten müssen, werden wesentlich durch Umlagen verursacht.

Die heutige Finanzsituation der Stadt ist also nicht nur hausgemacht! Große Teile der Ausgaben unterliegen nicht unserer Steuerung. Zur Verdeutlichung:

Die wichtigste Einnahmequelle des städtischen Haushalts ist die Gewerbesteuer, für 2010 mit 48 Millionen Euro geplant. Im Vergleich zu anderen Städten im Kreis Mettmann ist die Steuerkraft in Hilden noch verträglich. Das führt aber durch das Wegbrechen der Einnahmen in anderen kreisangehörigen Städten zu einer überproportionalen Belastung bei der Kreisumlage, die 2010 38 Millionen Euro betragen soll. Zusätzlich sollen wir 4,18 Millionen Euro in den Fonds Deutsche Einheit und 4,3 Millionen Gewerbesteuerumlage bezahlen. D. h. bevor für irgendein städtisches Projekt auch nur ein Cent ausgegeben wird, sind 46,5 Millionen Euro weg.

Angesichts dieser Tatsachen müssen wir für 2010, aber auch für die folgenden Jahre, die Ausgleichsrücklage in Anspruch nehmen, die dann Ende 2012 auf ca. 4,5 Millionen Euro gesunken sein könnte. In der aktuellen Stellungnahme der IHK zum Hildener Haushalt wird festgestellt, dass in Hilden – anders als in anderen Gemeinden – die „Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage kein Schuldentreiber“ ist. Sie führt weiter aus, dass sie den „seit einigen Jahren in Hilden eingeschlagenen Weg der Entschuldung für vorbildlich“ hält. Deshalb: Kredite müssen in allernächster Zeit nicht aufgenommen werden! Wir haben in den letzten Jahren Schulden abgebaut und machen auch in Zeiten der Krise keine neuen Schulden.

Auch wenn wir, wie gesagt, große Ausgabenblöcke nicht beeinflussen können, stellt die Situation unsere solide Haushaltsführung infrage. Vor dieser Entwicklung möchten wir nicht die Augen verschließen, deswegen begrüßen wir auch die Hinzuziehung eines externen Gutachters. Bereits 2006 hatte die SPD-Fraktion angeregt, einen externen Gutachter zu beauftragen. Von Seiten der CDU hieß es damals: Das können wir alleine.

Im weiteren Fortgang wurde die Arbeitsgruppe zum Haushalt der Zukunft eingerichtet – diese hatte aber leider keine Ergebnisse vorzuweisen, die einvernehmlich hätten beschlossen werden können.

Die externe Untersuchung soll freiwillige und Pflichtaufgaben unvoreingenommen auf ihre Effizienz und auf Einsparmöglichkeiten prüfen. Prioritäten werden wir dem Gutachter nicht vorgeben, um eine ergebnisoffene Beratung zu erreichen.

Eine große Ausgabeposition sind naturgemäß die Personalkosten. In diesem Bereich hat die Verwaltung in den vergangenen Jahren alle notwendigen Synergieeffekte im Stellenplan umgesetzt. Im Bereich der inneren Verwaltung sind viele Stellen eingespart worden. Dass die Personalkosten trotzdem gestiegen sind, liegt – abgesehen von tarifbedingten Lohnerhöhungen – daran, dass durch verordnete Pflichtaufgaben (Brandschutzbedarfsplan) zusätzliches Personal eingestellt werden musste. Erwähnen möchte ich hier auch die vom Bund beschlossene Quote zum Ausbau der U-3-Betreuung, die inhaltlich total richtig und in Hilden unumstritten ist, aber auch zusätzliches Personal bei der Stadt bedingt.

Weitere Projekte, die mehr Personal erfordern, hält die SPD-Fraktion zurzeit für nicht realisierbar, besonders dann nicht, wenn Landesmittel durch städtische Mittel ersetzt werden müssen. Deswegen sehen wir die Einrichtung von Schulsozialarbeit in den Grundschulen und den weiterführenden Schulen aus Sicht der Personalkostenentwicklung kritisch. Die Notwendigkeit von Schulsozialarbeit möchte ich nicht in Abrede stellen – sie leistet wertvolle Arbeit an den Schulen. Zusätzliche Stellen, die durch städtische Mittel finanziert werden, können wir uns zurzeit nicht leisten und würden im Rahmen der Gleichbehandlung weiteren Bedarf wecken.

Wir werden auch künftig unsere politischen Ziele ganz klar benennen. Kein Verständnis hat die SPD-Fraktion für Anträge, die pauschale Kürzungen beim Personal vorsehen – das ist Wunschdenken statt politischer Gestaltung. Der Verantwortung, zu sagen, in welchem Bereich gespart werden soll, können sich die Antragsteller nicht entziehen – mit den Instrumenten des NKF-Haushalt besitzt die Politik die Mittel zur politischen Steuerung.

Wir haben in der heutigen Sitzung schon über die Dreifachsporthalle diskutiert. Die SPD-Fraktion hat sich für den Bau dieser Sporthalle ausgesprochen. Zunächst haben wir allerdings geprüft, ob der Bedarf für eine weitere Halle besteht. Erst nachdem klar war, dass an dieser Stelle ein **Hallenbedarf für den Schulunterricht** besteht, der nicht durch Kapazitäten an anderen Orten zu befriedigen ist, hat meine Fraktion der Errichtung zugestimmt. Jedoch muss im Zuge dieses Neubaus im Sinne einer sparsamen Haushaltsführung die alte sanierungsbedürftige Fabriciushalle, für die es keinen Bedarf mehr gibt, abgerissen und dieses Areal für Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Denn Überkapazitäten wollen wir nicht finanzieren.

Es gibt Stimmen, die behaupten, dass die Stadt kein Geld habe, die Dreifachsporthalle zu bauen. Wir können diese Diskussion nicht nachvollziehen: dieselben Leute, die hier kein Geld für den Schulsport ausgeben wollen, hätten für die Errichtung der Baseballanlage für die Wains sehr wohl Geld bereitgestellt.

Ein weiteres Projekt aus der Sportförderung steht in der Diskussion: der Sportplatz an der Schützenstraße.

Das hat eine lange Vorgeschichte. Der Rat hat vor ca. zehn Jahren ein Konzept zur Modernisierung der Hildener Sportplatzanlagen beschlossen. Nach diesem Konzept sind die Plätze nacheinander und entsprechend der finanziellen Möglichkeiten zu Kunstrasenplätzen umgebaut worden. Im ursprünglichen Konzept war berechnet worden, dass es für den Schützenplatz wegen der längeren Nutzungszeiten von Kunstrasen gegenüber Tenne auf den anderen Plätzen keinen Bedarf mehr gäbe. Daher sollte der Erlös aus dem geplanten Verkauf dieses Platzes zur Finanzierung der Modernisierungskosten der anderen Sportplatzanlagen herangezogen werden.

Dagegen gab es erhebliche Kritik, auch der Anwohner. Nachdem sich nach der Sanierung der anderen Plätze keine Entspannung bei den Nutzungszeiten an der Schützenstraße ergab, wurde die Notwendigkeit erneut untersucht. Die Expertise aus 2008 ergab, dass auf den Platz aus sportfachlicher Sicht nicht verzichtet werden kann.

Das ist der Stand der Dinge. Wenn nun dieser Platz weiterhin gebraucht wird und unbestreitbar ein Sanierungsbedarf besteht, muss man überlegen, wie man das am besten und günstigsten hinkommt. Dabei ist die Gestaltung des Platzes als Tennenplatz nicht wesentlich günstiger als eine mit Kunstrasen. Diese Diskussion ist bei der Planung der anderen Plätze ausreichend geführt worden und muss nicht wiederholt werden. Wir wollen jedenfalls Planungskosten für den Schützenplatz bereitstellen.

Bei Haushaltsplanberatungen gibt es gewisse Rituale. Es wird z. B. nicht gesagt, „dieses Projekt wollen wir einfach nicht, und stellen deshalb kein Geld dafür bereit“. Das heißt dann, die Stadt könne dafür kein Geld ausgeben, solange es noch den Monster-Riesen-Sanierungsstau im Straßenbau gebe.

Wir haben in Hilden aufgrund des Straßenkatasters einen Maßnahmenkatalog verabschiedet, welche Straßen in welcher Reihenfolge saniert werden sollen, damit es eben keinen Stau gibt. Diese Maßnahmen sind in die Mehrjahresfinanzplanung eingeflossen und im Jahr 2010 sollen, wie in den Jahren davor, einige dieser Maßnahmen umgesetzt werden, namentlich die Hoffeldstraße und Schönholz. Wir wollen diese Maßnahmen wie geplant umsetzen, damit der Zustand der Hildener Straßen nachhaltig erhalten bleibt.

Unverständlich finde ich allerdings, dass ausgerechnet die, die andere Maßnahmen wegen des Monster-Riesen-Sanierungsstaus nicht durchführen können, den Sanierungsstau erst produzieren wollen, weil sie auch die Gelder für den Straßenbau nicht bereitstellen wollen.

Die SPD-Fraktion sieht einen besonderen Schwerpunkt in der energetischen Sanierung von Gebäuden. Das ist nachhaltige Stadtentwicklung unter Berücksichtigung von Klimaschutzaspekten. Jede energetische Gebäudesanierung schützt dabei nicht nur das Klima, sondern spart langfristig auch Geld. Die vorliegende Untersuchung zu den CO₂-Einsparpotentialen der städtischen Gebäude in Hilden hat ergeben, dass bei Umsetzung aller vorgeschlagenen Maßnahmen der Energiebedarf um ein Drittel reduziert werden kann. Das bedeutet zwar eine Investitionssumme von 3,5 Millionen Euro, langfristig betrachtet spart die Stadt Hilden hiermit Energiekosten. Die jetzt im Haushalt eingestellten Maßnahmen zur energetischen Sanierung der Gebäude sind also gut investiertes Geld. Auch künftig sollte eine bestimmte Summe für diese Zwecke eingesetzt werden.

Wohnen in Hilden ist teuer. Insbesondere normal verdienende junge Familien mit Kindern finden oftmals keinen bezahlbaren Wohnraum und verlassen Hilden deswegen. Hilden bleibt nur dann zukunftsfähig, wenn die Stadt in ihrer demografischen Entwicklung

ausgewogen bleibt. Dazu müssen insbesondere Familien mit Kindern in Hilden wohnen. Hierzu bedarf es preisgünstiger Wohnungen und Häuser. Wir wollen die Rahmenbedingungen schaffen, damit diese Wohnungen und Häuser in Hilden entstehen können.

Familienfreundlichkeit ist ein Standortfaktor im Wettbewerb der Städte. Der erfordert eine umfassende Infrastruktur im Verkehrs- und Wohnungsbereich, aber auch in der Sport-, Kinder- und Jugendpolitik. Zu einer zukunftsfähigen Familienpolitik gehört auch ein ganzheitlicher Bildungsbegriff. Deswegen ist die SPD-Fraktion auch weiterhin der Meinung, dass die Elternbeiträge für das letzte Kindergartenjahr entfallen sollen. Die Kindertageseinrichtungen sind ein Teil des Bildungssystems, diese Weisheit hat sich inzwischen durchgesetzt.

Die SPD-Fraktion hält an ihren Beschlüssen zur Hinterlandbebauung „Altes Helmholtz“ an der Gerresheimer Str. fest. Wir können uns noch gut daran erinnern, dass die Vermarktung dieses Grundstücks der Finanzierung des Weiterbildungszentrums dienen sollte. Den Anliegern wurde eine Bebauung ihrer Grundstücke in Aussicht gestellt. Von allem will die CDU-Fraktion nichts mehr wissen, sie ist umgeschwenkt und will dort statt Wohnbebauung nun einen Parkplatz errichten lassen. Die SPD-Fraktion möchte diese Einnahmen zur Konsolidierung des Haushalts verwenden. Es ist wirtschaftlich unvernünftig, auf dieser Fläche einen Parkplatz zu errichten.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

ich spreche der Verwaltung für ihre Arbeit unsere Anerkennung aus. Ich danke Herrn Kämmerer Klausgrete sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Amtes für Finanzservice, die an der Aufstellung des Haushalts beteiligt waren, herzlich für das Geleistete.

Die SPD-Fraktion wird dem Haushalt 2010 zustimmen.

Die SPD-Fraktion steht auch weiterhin für eine bürgernahe und solide Politik. Dieser Haushalt ermöglicht solides Wirtschaften und manifestiert den Willen, die erreichten Standards zu halten – zum Wohle der Hildener Bürgerinnen und Bürger.

Ich danke für die Aufmerksamkeit!